
Fraktionserklärung

Vaduz, 23.Mai 2012

Der VU zum Sparpaket II zur Sanierung des Landeshaushalts

Die dramatische und in dieser Dimension bisher nicht gekannte Schieflage unseres Staatshaushalts stellt derzeit eine unserer grössten politischen Herausforderungen dar. Wenn wir dem strukturellen Defizit und dem damit verbundenen massiven Abbau der Finanzreserven des Landes nicht entschieden entgegenwirken, handeln wir gegen die langfristigen, existenziellen Interessen des Landes und verstossen damit auch gegen den Generationenvertrag. Aus diesem Grund hat die Regierung die Erhaltung der finanziellen Unabhängigkeit und gesunde Staatsfinanzen in der Agenda 2020 zu den wichtigsten strategischen Zielen des Landes erklärt. Die unbefriedigende Tatsache, dass wir für die Finanzierung der heutigen Staatsausgaben zu einem beträchtlichen Teil auf die Substanz zurückgreifen müssen, schmälert den finanziellen Handlungsspielraum für künftige Entwicklungen und widerspricht in krasser Weise dem Grundsatz finanzpolitischer Nachhaltigkeit.

Die von der Regierung vorgelegten Zahlen zeigen auf, dass wir nach wie vor dringenden Handlungsbedarf haben, um unseren Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Daraus geht hervor, wie ernst die Situation ist und dass die im Koalitionsvertrag eingegangene Verpflichtung zur Sicherung eines ausgeglichenen Staatshaushalts in erster Linie nur mit einer deutlichen Verringerung der staatlichen Aufwendungen erfüllt werden kann. Vor diesem Hintergrund begrüsst und unterstützt die Fraktion der Vaterländischen Union den von der Regierung eingeschlagenen Kurs zur Haushaltsanierung. Mit der Freigabe eines ersten Sparpakets hat der Landtag als Träger der Finanzhoheit

eine wichtige Weichenstellung vorgenommen und der Regierung einen Sanierungskurs ermöglicht, der von uns allen bereits grosse Anstrengungen verlangt hat und noch verlangen wird, damit das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erreicht werden kann. Auf diesem beschwerlichen Weg haben wir dank einer sehr konsequenten Finanzpolitik der Regierung ein erstes Zwischenziel, eine Entlastung unseres Haushalts um 84 Millionen Franken erreicht.

In einem zweiten Schritt plant die Regierung zusätzliche Entlastungen in der Landesrechnung im Umfang von weiteren 89 Millionen Franken. In diesem zweiten Paket unterbreitet die Regierung nicht nur Sparvorschläge, sondern auch konkrete Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen des Staates, wie dies vom Landtag bei den verschiedenen Debatten immer wieder angeregt und gefordert wurde. Das ist umso erfreulicher, weil gerade die Einnahmenseite der Landesrechnung nach wie vor mit grossen Unsicherheiten behaftet ist. Folgerichtig hat die Regierung das aktuelle Reduktionsziel bei den Staatsausgaben auf mindestens 160 Millionen Franken festgelegt, was zusammen mit einnahmenseitigen Massnahmen zu einer Gesamtentlastung des Haushalts um 180 Millionen Franken führen soll.

Die VU-Fraktion teilt die Einschätzung der Regierung, dass gesunde Finanzen für unseren Kleinstaat eine existenzielle Frage sind. Gerade wenn wir daran denken, dass die internationalen Rating-Agenturen etlichen Ländern die Kreditwürdigkeit herabstufen, erhält das Tripel-A-Länderrating von Liechtensteins noch mehr Bedeutung. Die Stabilität des Landes hängt eng mit einer soliden Finanzpolitik des Staates zusammen. Deshalb unterstützt die VU den Regierungskurs, der auf eine Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts bis Ende 2015 ausgerichtet ist.

Mit der Bewahrung unserer finanziellen Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit können wir für unsere Wirtschaft und für die Bevölkerung am meisten dazu beitragen, dass die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen erhalten bleiben.

Besonders hervorzuheben ist die ausgewogene Verteilung der Sparmassnahmen auf viele Schultern, wie im Regierungsbericht ausgeführt wird. Unterstützenswert sind auch die erkennbaren Bemühungen der Regierung, dass die geplanten Sanierungsmassnahmen sozialverträglich umgesetzt und so weit wie möglich abgefedert werden. Die an den Tag gelegte Konsequenz in der Definition und Umsetzung auch unpopulärer Sparmassnahmen seitens der Regierung verdient Respekt und ich hoffe, dass dieser politische Mut nicht durch den Landtag eingebremst wird. So bezieht das Sanierungspaket auch das Staatspersonal mit ein, das ebenfalls einen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts leistet. Gerade dieses Beispiel zeigt die Glaubwürdigkeit des gewählten Ansatzes, dass alle Ausgabenbereiche einen angemessenen Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen leisten sollen, um mit vereinten Kräften die Einnahmen und Ausgaben wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Die VU-Fraktion dankt der Regierung auch für die weiterführenden Überlegungen zur Weiterentwicklung der Finanzpolitik, die ebenfalls dazu beitragen sollen, dass sich der Staat auch in finanzpolitischer Hinsicht fit für die Zukunft macht. Die Fraktion der Vaterländischen Union unterstützt in gleicher Weise, wie sie das schon beim ersten Sparpaket getan hat, auch dieses zweite Massnahmenpaket. Im Namen der Fraktion danke und gratuliere ich der

Regierung, die sich naturgemäss bei Ausgabenkürzungen immer der Kritik ausgesetzt sieht, für die klare Linie und die enormen Anstrengungen.

Der Landtag, davon bin ich überzeugt, wird seine finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen, weil er sich der Tragweite eines Abgleitens in eine Defizitwirtschaft bewusst ist und die Bedeutung einer möglichst raschen Sanierung unseres Haushalts erkennt. Wir können auf der Grundlage des vorgelegten Berichts heute einem Vorgehen zustimmen, mit dem wir wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückfinden werden. Das ist für die Zukunftssicherung unseres Landes von übergeordneter Bedeutung, weil das ein ganz wichtiger Stabilitätsfaktor für unser Land darstellt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir ohne Gegensteuer im Sinne der Regierungsvorschläge einen nicht verantwortbaren finanzpolitischen Rückschritt zulassen würden – mit allen negativen Folgeerscheinungen, wie der Beeinträchtigung der finanziellen Unabhängigkeit oder der Herabstufung im Länderrating.

Ich appelliere deshalb an alle Abgeordneten, das von der Koalitionsregierung vorgeschlagene Sanierungspaket zu unterstützen. Die einzelnen Regierungsressorts und die Fachexperten in der Landesverwaltung haben sich intensiv mit den möglichen Einsparungen auseinandergesetzt. Ich möchte an dieser Stelle bewusst machen, dass eine Ablehnung oder Schmälerung einzelner Massnahmen zwingend dazu führen muss, dass entsprechende Beträge durch andere Massnahmen kompensiert werden müssen, und hier werden wir nicht einfach neue Felder finden, sondern die bereits tangierten Aufgabenbereiche werden in stärkerem Masse belastet werden müssen. Diesen Aspekt müssen wir generell und damit auch bei den in dieser Landtagssitzung traktandierten Gesetzesänderungen im Rahmen des Sanierungsprojekts stets vor Augen haben.